

# Verwaltung wünscht Freibrief von Politik

Ob die neue Lahof-Kita eine Linksabbiegerspur bedingt, wird noch geprüft – das Okay dafür soll es aber eher geben



Die Landesbehörde fordert eine Untersuchung der Verkehrlichen Situation auf der Verdener Straße. Wenn die an der Lahofhalle geplante Kita eine Linksabbiegerspur erforderlich macht, müsste die Stadt Achim sie bezahlen.

FOTO: BJÖRN HAKE

VON KAI PURSCHKE

**Achim-Baden.** Wenn eine Stadt ein Bauvorhaben plant, muss sie nicht nur Bürgern Gelegenheit einräumen, dazu Stellung zu nehmen, sondern insbesondere auch Behörden

Achim nicht warten. Die Zeit drängt, auch wegen der Fördergelder für den Bau der etwa 3,15 Millionen Euro teuren Kindertagesstätte, die bis zu 105 Knirpsen Platz bieten soll. Daher bittet die Verwaltung die Politiker jetzt schon zu beschließen – und

Genehmigung für die Kita verzögern könne und der laut Verwaltung „unbedingt erforderliche Baubeginn im Jahr 2016“ möglicherweise nicht zu halten sei. Indirekt bittet die Verwaltung also darum, dass die Politiker einen Freibrief ausstellen mögen.

sie klar. Denn Achim brauche die Einrichtung und vor allem: zeitnah. Sie geht davon aus, dass wenn die Untersuchung die Notwendigkeit der Linksabbiegerspur zu Tage fördert, diese nicht unmittelbar gebaut werden müsse.

und Versorgern. Dann kann es passieren, dass die abgegebenen Argumente zu Änderungen am eigentlich Plan führen. Dieses Ungemach droht der Stadt Achim im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Neubau der Kita am Lahof. Das Kuriose: Die Politik soll nun prophylaktisch grünes Licht für den Bau einer Linksabbiegerspur auf der Verdener Straße (L 158) Richtung Lahofhalle geben, obwohl weder deren Notwendigkeit noch deren Kosten feststehen, die dann auf die Stadt zukommen würden.

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr jedenfalls hält es für erforderlich, und die Achimer Verwaltung stimmt ihr darin zu, die Verkehrssituation zu untersuchen. Das Problem: Auf das Ergebnis dieser Prüfung kann die Stadt

zwar „ohne Kenntnis, ob die Baumaßnahme (Linksabbiegerspur, Anm. d. Red.) notwendig ist und die anfallenden Kosten durch die Stadt Achim zu tragen sind“. So steht es in einer Beschlussvorlage für die nächste Sitzung des Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am kommenden Dienstag, 12. April (ab 18 Uhr öffentlich im Rathaus).

Wobei in dem Dokument auch steht, dass falls die Linksabbiegerspur für notwendig erachtet wird, sie die Stadt Achim nach dem Verursacherprinzip auch bezahlen müsse – eine geschätzte Summe nennt die Verwaltung nicht. Sie mahnt aber an, dass die Politiker ihre Entscheidung nicht zurückstellen sollten, bis die Untersuchung abgeschlossen ist, da sich sonst die Bauge-

„Das ist eine Wildcard für die Verwaltung, ganz klar“, sagt Herfried Meyer, Fraktionsvorsitzender der SPD, über den Beschlussvorschlag aus dem Rathaus. Und doch sei es wichtig, die Zuschüsse nicht zu gefährden und die Kindertagesstätte schnellstmöglich zu bauen. Außerdem: „Wenn vorher festgestanden hätte, dass wir eine Linksabbiegerspur einrichten müssen, hätten wir das ja auch gemacht“, glaubt Meyer. Die Sozialdemokraten finden in dem Zusammenhang wichtig, dass die Dunkelampel vor Ort erhalten bleibt.

Auch Silke Thomas, Fraktionschefin der Grünen, sieht „keine Alternative“ dazu, der Verwaltung vorzeitig das Okay zu geben. „Wir wollen auf keinen Fall die Baugenehmigung für die Kita gefährden“, stellt

In ihren Befürchtungen bestätigt sieht sich dagegen die Achimer CDU, sagt ihr Fraktionsvorsitzender Kar-Heinz Lichter. „Jetzt kommen genau die Probleme, die wir früher schon angesprochen haben“ – im Zusammenhang mit der Frage, ob der auserkorene Kita-Standort denn überhaupt der richtige ist. Lichter jedenfalls will das Thema zunächst im Ausschuss diskutiert wissen und nicht ohne Weiteres einer möglichen Erhöhung der Kosten zustimmen. Wolfgang Heckel (WGA) glaubt, dass eine zusätzliche Spur nicht unbedingt notwendig sei, weil sie etwa bei Großveranstaltungen in der Lahofhalle bisher auch nicht vermisst worden sei. Er würde aber der Verwaltung dennoch nicht den Freibrief verwehren. Denn: „Die Sicherheit geht vor.“